

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0112/2022/BV

Datum:
23.03.2022

Federführung:
Dezernat III, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:
Dezernat I, Amt für Finanzen, Liegenschaften und Konversion
Dezernat I, Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen

Betreff:

**Kostenloser ÖPNV in Heidelberg – Stufe für
Jugendliche/Schüler U 18 und Senioren Ü 60 ab Herbst
2022**
[ersetzt die Drucksache 0222/2019/IV]

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 26. Juli 2022

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zu stimmung zur Beschluss-empfehlung:	Handzeichen:
Ausschuss für Klima- schutz, Umwelt und Mobi- lität	30.03.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzaus- schuss	06.04.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Ausschuss für Klima- schutz, Umwelt und Mobi- lität	29.06.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzaus- schuss	06.07.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	20.07.2022	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität und des Haupt- und Finanzausschusses empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadt Heidelberg führt einen kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Jugendliche/Schüler U 18 zu Schuljahresbeginn ab Herbst 2022 ein. Nach aktuellen Kostenschätzungen beträgt der Zuschussbedarf gegenüber den berechtigten Heidelberger Jugendlichen rund 6 bis 6,9 Millionen (Mio.) € pro Jahr. Die Einführung des landesweit gültigen Jugendtickets wird nach aktuellem Stand und der Vorabstimmung der Aufgabenträger im Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN)-Gebiet ab dem 01.03.2023 erfolgen können. Nach aktuellen Kostenschätzungen beträgt der Zuschussbedarf gegenüber den berechtigten Heidelberger Jugendlichen dann rund 4,5 Mio. € jährlich zuzüglich eines von den Kommunen zu tragenden verbleibenden Eigenanteils in Höhe von rund 0,84 Mio. € jährlich.*
- 2. Parallel wird zum selben Zeitpunkt für die Gruppe der Senioren Ü 60 inklusive Frührentner/-innen der Erwerb der Karte ab 60 mit 200 € bezuschusst, sodass diese statt zum Preis von 565,20 € pro Jahr im ersten Jahr zu einem Eigenanteil von 365 € erworben werden kann. Der Zuschussbedarf liegt nach derzeitigen Schätzungen in Höhe von 1,5 bis 4,9 Mio. € pro Jahr, der von der Stadt zu finanzieren ist. Gegenwärtig wird für die Planung vom arithmetischen Mittel in Höhe von 3,2 Mio. €/Jahr ausgegangen.*
- 3. Es wird geprüft, inwiefern im Zuge der Bezuschussung der Heidelberg (HD)-Pass-Berechtigten Senioren Ü 60 bzw. Frührentnern die Kosten für den Erwerb der Karte ab 60 vollumfänglich erstattet werden können. Stadtverwaltung, rnv, VRN prüfen derzeit die vorhandene Datengrundlage, um eine Kostenberechnung durchführen zu können. Nach Feststellung des finanziellen Volumens berät der Haupt- und Finanzausschuss und Gemeinderat darüber.*
- 4. Insgesamt geht die Verwaltung im Haushaltjahr 2022 von Mehraufwendungen aufgrund der Ticketbezuschussungen (siehe 1. und 2.) in Höhe von rund 3,4 Mio. € für vier Monate aus. Die erforderlichen Mittel werden überplanmäßig im Teilhaushalt des Amtes 81 bereitgestellt. Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Kämmereiamtes durch geringere Ausgleichszahlung an den Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen (ESB).*
- 5. Nach Vorliegen der Preisanpassungen im VRN für 2023 wird über die Höhe der Zuschussbeträge im Rahmen des Doppelhaushaltes (DHH) 2023/2024 und der mittelfristigen Finanzplanung beraten. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass Mittel in Höhe von rund 8,7 Mio. € pro Jahr benötigt werden.*

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
<ul style="list-style-type: none"> • Überplanmäßige Mittel im Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagement für Ticketbezuschussung Ergebnishaushalt 2022 	rund 3,4 Mio.
<ul style="list-style-type: none"> • Mehrbedarf Ergebnishaushalt ab 2023 (Ticketbezuschussung) 	rund 8,7 Mio.
<ul style="list-style-type: none"> • Durchführung einer gutachterlich begleitenden Evaluation: Kosten in 2022 und 2023 	Noch nicht bekannt
Einnahmen:	
<ul style="list-style-type: none"> • keine 	
Finanzierung:	
<ul style="list-style-type: none"> • Deckung durch Reduzierung der Transferaufwendungen im Teilhaushalt des Amtes für Finanzen, Liegenschaften und Konversion aufgrund geringeren Zuschussbedarfes ESB in 2022 in Höhe von 3,4 Mio. € 	rund 3,4 Mio.
<ul style="list-style-type: none"> • Jährliche Mittelbereitstellung im Haushaltsplan ab dem DHH 2023/2024 	rund 8,7 Mio.
Folgekosten:	
<ul style="list-style-type: none"> • Jährlicher Betrag ab 2023 	rund 8,7 Mio.

Zusammenfassung der Begründung:

Mit dem von den Gremien bereits beschlossenen kostenlosen ÖPNV an vier Samstagen im März und April 2022 wird dem vom Gemeinderat beschlossenen Klimaschutzaktionsplan Folge getragen.

Mit einem kostenlosen ÖPNV für unter 18-Jährige/MAXX-Ticket Berechtigte und einer Zuschussung in Höhe von jährlich 200 € für über 60-Jährige und Frührentner/-innen werden Routinen einer klimagerechten Mobilität etabliert und gefestigt sowie eine soziale Teilhabe an Mobilität ermöglicht. Die Verwaltung beabsichtigt die Einführung dieses Angebots zum Herbst 2022 mit Beginn des neuen Schuljahres.

Ein kostenloser beziehungsweise rabattierter ÖPNV für alle liefert einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Sobald eine angemessene Förderung mit Bundesmitteln vorliegt, wird dieses Angebot umgesetzt.

Hybrid-Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 30.03.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 30.03.2022

3.2 **Kostenloser ÖPNV in Heidelberg – Stufe für Jugendliche/Schüler U 18 und Senioren Ü 60 ab Herbst 2022**

Beschlussvorlage 0112/2022/BV

Herr Erster Bürgermeister Odszuck eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Diplom-Verkehrswirtschaftler Christoph Stadter als Vertreter der Probst & Consorten Marketing Beratung, der zum Tagesordnungspunkt zugezogen ist. Herr Volkhard Malik als Vertreter des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar GmbH (VRN) ist ebenfalls zur Tagesordnung zugezogen und steht für Fragen zur Verfügung.

Stadtrat Rothfuß erläutert den **gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, GAL, Die Linke sowie Bunte Linke**, der als Tischvorlage (Anlage 02 zur Drucksache 0112/2022/BV) vor der Sitzung verteilt wurde.

Die Verwaltung berechnet den zusätzlichen Mittelbedarf für folgende Varianten und legt diese dem AKUM vor:

1. Kostenfrei für Heidelberg Pass
2. Kostenfrei für Heidelberg Pass und Pass+
3. Kostenfrei für U18 mit Heidelberg Pass+ und weitere 50 % Reduzierung für HD Pass+ Ü18 (d.h. Jahreskarte HD 10,- €/Monat, Monatskarte HD 12,50 €, Jahreskarte Verbund 15,- €/Monat)
4. Kostenfrei HD Pass+ sowie 15,- €/Monat für U18 für Stadtkreis
5. Kostenfrei HD Pass+ sowie 15,- €/Monat für U18 und Ü60 für Stadtkreis
6. Kostenfrei HD Pass+ sowie 15,- €/Monat für U18 Stadtkreis, sowie Ü60 365,- Jahr/Verbund
7. Kostenfrei HD Pass+ sowie Ü60 365,- € Jahr/Verbund

Stadtrat Rothfuß begründet den Antrag und weist auf die enormen Kosten hin, die ein pauschaler kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) für Senioren Ü 60 verursachen würde. Er bittet die Verwaltung, Vorschläge vorzulegen, wie diese enormen Ausgaben gegenfinanziert werden könnten. Diese enormen Ausgaben für den Kostenlosen ÖPNV würden auch bedeuten, dass Kürzungen im Haushalt an anderer Stelle vorgenommen werden müssten und dies führe zu einer Belastung der Allgemeinheit. Zur Verkehrswende wäre es erforderlich, die Autofahrer zum Umsteigen auf den ÖPNV zu bewegen. Für diesen Umstieg seien Komfort, Takt, Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit des ÖPNV notwendig, nicht aber unbedingt, dass man kostenlos fahren könne. Stadtrat Rothfuß macht geltend, dass es beim ersten kostenfreien ÖPNV in Heidelberg am vergangenen Wochenende eine Steigerung der Fahrgastzahlen von zehn Prozent gegeben hätte. Stadtrat Rothfuß weist außerdem auf das Landesweite Jugendticket (LWJT) der Landesregierung für 365 Euro hin, welches ab März 2023 in Baden-Württemberg angeboten werden solle. Er erläutert, dass mit dem obengenannten Antrag, sozial schwache Personen gefördert würden, die in be-

sonderem Maß auf den ÖPNV angewiesen wären. Stadtrat Rothfuß bittet darum, dass die Berechnungen der Kosten für die oben genannten Varianten im nächsten oder übernächsten AKUM vorgelegt werden, damit dann eine Entscheidung getroffen werden könne.

Herr Erster Bürgermeister Odszuck erläutert, dass die Berechnungen der obengenannten Varianten enorm schwierig und zeitaufwendig wären und dass diese Berechnungen nicht zum nächsten AKUM vorgelegt werden könnten. Auch Herr Stadter macht geltend, dass die Untersuchungen der sieben Varianten sehr zeitaufwendig und schwierig wären und man dafür eine gewisse Zeit benötige.

Bei der anschließenden Diskussion melden sich zu Wort:

Stadtrat Zieger, Vertreter des Jugendgemeinderates Ries, Stadtrat Dr. Lutzmann, Stadträtin Heldner, Stadträtin Dr. Röper, Stadtrat Föhr, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Michelsburg, Stadtrat Pfeiffer, Vertreterin des Jugendgemeinderates Keller

Folgende Punkte und Fragen wurden angesprochen:

- Es sei nicht sinnvoll, dass alle über 60-Jährigen kostenlos fahren dürfen, diese Maßnahme würde zu hohe Kosten verursachen.
- Ist eine freiwillige Finanzierung des kostenlosen ÖPNV durch Unternehmen (zum Beispiel wie in Montpellier) denkbar?
- Kostenloser ÖPNV sei keine Maßnahme des Klimaschutzes. Im ÖPNV koste die eingesparte Kohlenstoffdioxid (CO²)-Tonne 170 000 Euro.
- Gilt der kostenlose ÖPNV für U 18 in Heidelberg im gesamten VRN-Gebiet? Die Flexibilität sei für Jugendliche wichtig und die Jugendlichen würden an die Vorteile des ÖPNV gewöhnt.
- Das bisherige MAXX-Ticket sei teuer und würde Familien mit mehreren Kindern finanziell zu stark belasten.
- Wie verhält es sich mit dem 9-Euro-Ticket des Bundes in Bezug auf die vorgestellte Beschlussvorlage der Verwaltung?
- Die Kosten für Familien bei kostenlosem ÖPNV für U 18 und Ü 60 würden gesenkt, und das Mobilitätsverhalten einer großen Personengruppe würde verändert, das sei eine effektive Klimaschutzmaßnahme.

- Warum sind die Kosten des ÖPNV für Jugendliche so hoch anhand der Berechnungen der möglichen MAXX-Ticket Abnehmer? Wie viel mehr Passagiere/Fahrgäste werden durch die Maßnahme kostenloser ÖPNV für U 18-Jährige und Ü 60-Jährige verursacht und wie hoch sind die damit verbundenen Ausgaben für diese zusätzlichen Fahrgäste?
- Warum sind die dargestellten Ausgaben so hoch im Vergleich zu anderen Gemeinden, die kostenlosen ÖPNV anbieten?
- Die U-18-Jährigen und die Ü 60-Jährigen seien sinnvolle Zielgruppen für einen kostenlosen ÖPNV.
- Die 10 Prozentige Fahrgaststeigerung für das erste Wochenende mit kostenlosem ÖPNV sei ein gutes Ergebnis.
- Kostenloser ÖPNV würde für die Städte hohe Ausgaben verursachen. Es sei sinnvoll zur Gegenfinanzierung einer Nahverkehrsabgabe einzuführen.
- Mit dem landesweiten Jugendticket für 365 Euro wäre das MAXX-Ticket und auch der kostenlose ÖPNV für U 18-Jährige obsolet
- Viele Eltern könnten es sich ohne Weiteres leisten, ein MAXX-Ticket zu bezahlen. Dies sei wichtig zur Gegenfinanzierung des ÖPNV. Nur wirklich bedürftige und sozial schwache Familien und Personen sollten mit der Maßnahme kostenloser ÖPNV Berücksichtigung finden.
- Es sollte eine Vergünstigung nur für das Stadtgebiet Heidelberg für sozial schwache Familien und Personen geben.
- Jugendliche/Schüler U 18 seien wirklich nur dann in ihrer Mobilität in Heidelberg unabhängig, wenn es für sie einen kostenlosen ÖPNV gäbe und sie nicht ihre Eltern bitten müssten, ein Ticket für sie zu kaufen.

Im Verlauf der Diskussion betont Frau Sauer, Leiterin des Amtes für Verkehrsmanagement, dass man bezüglich des Landesweitejugendtickets (LWJT) noch mit dem Land und den Verkehrsverbänden im Gespräch sei. Die Stadt Heidelberg beabsichtige, nach Einführung des landesweit gültigen Tickets (LWJT), welches über die Personengruppe U 18 hinausgehe (nämlich bis 21 Jahre und auch Studierende und Auszubildende bis 27 Jahre), auch dieses Ticket der Gruppe von Jugendlichen U 18 kostenlos anzubieten. Frau Sauer weist darauf hin, dass mit dem von der Verwaltung vorgelegten Vorschlag vermieden wurde, völlig neue Tarifprodukte zu schaffen, weil dies dem Verbundgedanken entgegenstehen würde. Es wurden also die im VRN vorhandenen Tickets mit verbundweiter Gültigkeit herangezogen. Sie erläutert, dass mit den Maßnahmen der Beschlussvorlage sowohl die intergenerative Gerechtigkeitslücke geschlossen würde, als auch eine Mobilitätsarmut bei vorwiegend über 60-Jährigen und Frührentnern vorgebeugt würde. Angebotene Tickets müssten jedoch verbundweite Gültigkeit haben.

Bezüglich des kostenlosen ÖPNV an den vier Wochenenden vor Ostern teilt Frau Sauer mit, dass eine große Infokampagne gestartet würde. Hinsichtlich des 9-Euro-Ticket des Bundes erläutert Frau Sauer, dass diese Maßnahme eine andere Zielrichtung habe, nämlich die Benzinpreispolitik abzumildern und dass geplant sei, das 9-Euro-Ticket des Bundes auf 90 Tage zu befristen. Die Verhandlungen der Landesregierungen mit der Bundesregierung würden diesbezüglich noch laufen.

Herr Stadter betont ebenfalls nochmals, dass der oben genannte Antrag so geändert werden müsse, so dass es eine verbundweite Gültigkeit gäbe und führt aus, dass genaue Abschätzungen der MAXX-Ticket Abnehmer, die nun auf den kostenlosen ÖPNV für U18 umsteigen würden, schwierig sei. Sie seien von hohen Zahlen ausgegangen, weil das Angebot des kostenlosen ÖPNV für U18 attraktiv sei. Es sei aber nicht davon auszugehen, dass eine entsprechende Steigerung der Fahrgastzahlen erfolgen würde.

Herr Malik betont, dass kein für die Stadt Heidelberg separater Verbundtarif innerhalb des Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) geschaffen werden könne, dafür gebe es keine Mehrheit im VRN. Ein Angebot nur auf den Stadtkreis Heidelberg bezogen müsse auch auskömmlich und finanzierbar sein. Die verbundweite Gültigkeit des MAXX-Tickets sei deshalb möglich, weil das gesamte VRN-Gebiet nicht so stark nachgefragt würde und vielfach nur kurze Strecken gefahren würden. Eine Beschränkung der Gültigkeit nur auf das Stadtgebiet Heidelberg führe zu einem viel höheren Preis für die Wabe Heidelberg. Im Verlauf der Diskussion fragt Stadtrat Pfeiffer bei Herrn Stadter und Herrn Malik nach, ob es denn mehr Sinn mache, nur für Heidelberg Pass und Pass+ kostenlosen ÖPNV anzubieten und dann aber mit Gültigkeit das komplette Verbundgebiet. Dies wird von Herrn Stadter und Herrn Malik bestätigt.

Nach Diskussion innerhalb der antragstellenden Fraktionen betont Stadtrat Rothfuß, dass man über den Antrag, der als Tischvorlage verteilt wurde, abstimmen lassen wolle. Deshalb lässt Herr Erster Bürgermeister Odszuck zunächst über den **gemeinsamen Antrag von SPD, GAL, Bunte Linke, die Linke, Bündnis 90/die Grünen** abstimmen.

Die Verwaltung berechnet den zusätzlichen Mittelbedarf für folgende Varianten und legt diese dem AKUM vor:

1. Kostenfrei für Heidelberg Pass
2. Kostenfrei für Heidelberg Pass und Pass+
3. Kostenfrei für U18 mit Heidelberg Pass+ und weitere 50% Reduzierung für HD Pass+ Ü18 (d.h. Jahreskarte HD 10,- €/Monat, Monatskarte HD 12,50 €, Jahreskarte Verbund 15,- €/Monat)
4. Kostenfrei HD Pass+ sowie 15,- €/Monat für U18 für Stadtkreis
5. Kostenfrei HD Pass+ sowie 15,- €/Monat für U18 und Ü60 für Stadtkreis
6. Kostenfrei HD Pass+ sowie 15,- €/Monat für U18 Stadtkreis, sowie Ü60 365,- Jahr/Verbund
7. Kostenfrei HD Pass+ sowie Ü60 365,- € Jahr/Verbund

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 07:06:03 Stimmen

Danach lässt Herr Erster Bürgermeister Odszuck über den **Antrag von Stadtrat Pfeiffer** abstimmen, der im Laufe der Diskussion von Herrn Stadter und Herrn Malik überzeugt wurde, dass nur eine Regelung für das gesamte Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN)-Gebiet Sinne machen und unter Berücksichtigung sozialer Aspekte auch nur für Heidelberg Pass und Pass+-Inhaber.

Die Verwaltung berechnet den zusätzlichen Mittelbedarf für folgende Varianten **im gesamten VRN-Gebiet** und legt diese dem AKUM vor:

1. Kostenfrei für Heidelberg Pass
2. Kostenfrei für Heidelberg Pass und Pass+

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 12:2:0 Stimmen

Herr **Erster Bürgermeister Odszuck fasst zusammen, dass die Anträge eine Vertagung bedeuten, daher wird nicht über die Beschlussempfehlung der Verwaltung abgestimmt.**

Die vorgelegte Beschlussvorlage wird daher mit den folgenden Arbeitsaufträgen an die Verwaltung vertagt.

Die Verwaltung berechnet den zusätzlichen Mittelbedarf für folgende Varianten und legt diese dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vor:

- 1. Kostenfrei für Heidelberg Pass (Stadtkreis HD und VRN-Gebiet)*
- 2. Kostenfrei für Heidelberg Pass und Pass+ (Stadtkreis HD und VRN-Gebiet)*
- 3. Kostenfrei für U18 mit Heidelberg Pass+ und weitere 50 % Reduzierung für HD Pass+ Ü18 (d.h. Jahreskarte HD 10,- €/Monat, Monatskarte HD 12,50 €, Jahreskarte Verbund 15,- €/Monat)*
- 4. Kostenfrei HD Pass+ sowie 15,- €/Monat für U18 für Stadtkreis*
- 5. Kostenfrei HD Pass+ sowie 15,- €/Monat für U18 und Ü60 für Stadtkreis*
- 6. Kostenfrei HD Pass+ sowie 15,- €/Monat für U18 Stadtkreis, sowie Ü60 365,- Jahr/Verbund*
- 7. Kostenfrei HD Pass+ sowie Ü60 365,- € Jahr/Verbund*

gezeichnet
Jürgen Odszuck
Erster Bürgermeister

Ergebnis: vertagt mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.04.2022

Ergebnis: vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt

Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 29.06.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 29.06.2022

2.1 **Kostenloser ÖPNV in Heidelberg – Stufe für Jugendliche/Schüler U 18 und Senioren Ü 60 ab Herbst 2022**

Beschlussvorlage 0112/2022/BV

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Diplom-Verkehrswirtschaftler Christoph Stadter als Vertreter der Probst & Consorten Marketing Beratung, der zum Tagesordnungspunkt zugezogen ist. Herr Volkhard Malik als Vertreter des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar GmbH (VRN) ist ebenfalls zu diesem Tagesordnungspunkt zugezogen und steht für Fragen zur Verfügung.

Stadtrat Michelsburg erläutert den **Antrag** der **SPD-Fraktion** (siehe Anlage 04 zur Drucksache 0112/2022/BV), der als Tischvorlage vor der Sitzung verteilt ist.

Punkt 1 der Beschlussvorlage wird folgendermaßen geändert:

- Die Stadt Heidelberg führt für Jugendliche, Schüler und Azubis U 21 eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf 5 € zu Schuljahresbeginn im Herbst 2022 ein. Die entsprechenden Kostenschätzungen und die Finanzierung sollen von der Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegt werden.
- Es wird ein neuer Punkt 2 in die Beschlussvorlage eingefügt:
- Zudem führt die Stadt Heidelberg für die Beziehenden des Heidelberg-Pass sowie des HeidelbergPass+ eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im ÖPNV auf 3 € ein. Die entsprechenden Kostenschätzungen und die Finanzierung sollen von der Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegt werden.

Stadtrat Michelsburg führt zu den vorgeschlagenen Maßnahmen aus, dass durch die derzeitige Situation die finanzielle Lage für Familien immer schwieriger würde und es deshalb wichtig wäre, sie mit dieser Maßnahme zu entlasten. Auch Inhaberinnen und Inhaber von HeidelbergPass und HeidelbergPass+ würden mit den beantragten Maßnahmen eine spürbare finanzielle Entlastung erfahren, ebenso Jugendliche, Schüler und Azubis unter 21 Jahre. Mit den vorgeschlagenen Ticketpreisen solle erreicht werden, dass auch verlässliche Zahlen zur Verfügung stünden, wieviele Tickets tatsächlich abgerufen werden.

Mit einem Preis von 60 € pro Jahr für Jugendliche, Schüler und Azubis U 21 und von 36 € pro Jahr für Inhaberinnen und Inhaber von HeidelbergPass und HeidelbergPass+ würde ein sozial vertretbarer Ticketpreis erreicht und es würde Teilhabe und Chancengleichheit gewährleistet. Überschlägig würden mit dieser Maßnahme etwa 20.000 Menschen in Heidelberg finanziell entlastet.

Mit einer möglichen geplanten Folgemaßnahme des Bundes auf das 9-Euro-Ticket, beispielsweise das 365-EURO-Jahresticket, würde auch eine deutliche finanzielle Entlastung der Stadt Heidelberg erfolgen. Stadtrat Michelsburg betont, dass er hoffe, dass die Zahlen für die oben genannten Maßnahmen bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nächste Woche oder spätestens bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates vorgelegt werden könnten, um eine finanziell abgesicherte Entscheidung treffen zu können.

Bei der anschließenden Diskussion melden sich zu Wort:

Stadtrat Pfeiffer, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Leuzinger, Stadträtin Winter-Horn, Stadtrat Föhr, Stadtrat Zieger, Stadtrat Rothfuß, Stadtrat Michelsburg

In der weiteren Aussprache geht es hauptsächlich um die Frage, ob und für welche Zielgruppe ein kostenloser oder kostenreduzierter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bezahlbar, sinnvoll und von ökologischem Nutzen wäre.

Im Verlauf der Diskussion stellt **Stadtrat Zieger** folgenden **Antrag**

Die Stadt Heidelberg stellt den Ü-60-Jährigen, den U-18-Jährigen sowie für HeidelbergPass und HeidelbergPass+ InhaberInnen für 12 Euro/Jahr (1 Euro/Monat) ein Ticket für den ÖPNV zur Verfügung.

Danach beantragt Stadtrat Leuzinger, dass über die verschiedenen Altersgruppierungen getrennt abgestimmt wird.

Deshalb wird über nachfolgende **Anträge** getrennt abgestimmt:

Die Stadt Heidelberg stellt den HeidelbergPass und HeidelbergPass+ InhaberInnen für 12 Euro/Jahr (1 Euro/Monat) ein Ticket für des ÖPNV zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 01:12:02 Stimmen

Die Stadt Heidelberg stellt den U-18-Jährigen für 12 Euro/Jahr (1 Euro/Monat) ein Ticket für die Nutzung des ÖPNV zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 01:12:02 Stimmen

Die Stadt Heidelberg stellt den Ü-60-Jährigen für 12 Euro/Jahr (1 Euro/Monat) ein Ticket für die Nutzung des ÖPNV zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 01:12:02 Stimmen

Danach wird über den **1. Punkt des Antrags** der **SPD-Fraktion** abgestimmt:

Die Stadt Heidelberg führt für Jugendliche, Schüler und Azubis U 21 eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf 5 € zu Schuljahresbeginn im Herbst 2022 ein. Die entsprechenden Kostenschätzungen und die Finanzierung sollen von der Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 03:11:01 Stimmen

Danach wird über den **2. Punkt des Antrags** der **SPD-Fraktion** abgestimmt:

Zudem führt die Stadt Heidelberg für die Beziehenden des Heidelberg-Pass sowie des HeidelbergPass+ eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im ÖPNV auf 3 € ein. Die entsprechenden Kostenschätzungen und die Finanzierung sollen von der Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 03:04:07 Stimmen

Danach lässt Herr Schmidt-Lamontain über den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Die Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität und des Haupt- und Finanzausschusses empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Heidelberg führt einen kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Jugendliche/Schüler U 18 zu Schuljahresbeginn ab Herbst 2022 ein. Nach aktuellen Kostenschätzungen beträgt der Zuschussbedarf gegenüber den berechtigten Heidelberger Jugendlichen rund 6 bis 6,9 Millionen (Mio.) € pro Jahr.

Die Einführung des landesweit gültigen Jugendtickets wird nach aktuellem Stand und der Vorabstimmung der Aufgabenträger im Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN)-Gebiet ab dem 01.03.2023 erfolgen können. Nach aktuellen Kostenschätzungen beträgt der Zuschussbedarf gegenüber den berechtigten Heidelberger Jugendlichen dann rund 4,5 Mio. € jährlich zuzüglich eines von den Kommunen zu tragenden verbleibenden Eigenanteils in Höhe von rund 0,84 Mio. € jährlich.

2. Parallel wird zum selben Zeitpunkt für die Gruppe der Senioren Ü 60 inklusive Frührentner/-innen der Erwerb der Karte ab 60 mit 200 € bezuschusst, sodass diese statt zum Preis von 565,20 € pro Jahr im ersten Jahr zu einem Eigenanteil von 365 € erworben werden kann. Der Zuschussbedarf liegt nach derzeitigen Schätzungen in Höhe von 1,5 bis 4,9 Mio. € pro Jahr, der von der Stadt zu finanzieren ist. Gegenwärtig wird für die Planung vom arithmetischen Mittel in Höhe von 3,2 Mio. € / Jahr ausgegangen.

3. Es wird geprüft, inwiefern im Zuge der Bezuschussung der Heidelberg (HD)-Pass-Berechtigten Senioren Ü 60 bzw. Frührentnern die Kosten für den Erwerb der Karte ab 60 vollumfänglich erstattet werden können. Stadtverwaltung, rnv, VRN prüfen derzeit die vorhandene Datengrundlage, um eine Kostenberechnung durchführen zu können. Nach Feststellung des finanziellen Volumens berät der Haupt- und Finanzausschuss und Gemeinderat darüber.

4. Insgesamt geht die Verwaltung im Haushaltjahr 2022 von Mehraufwendungen aufgrund der Ticketbezuschussungen (siehe 1. und 2.) in Höhe von rund 3,4 Mio. € für vier Monate aus. Die erforderlichen Mittel werden überplanmäßig im Teilhaushalt des Amtes 81 bereitgestellt. Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Kämmereiamtes durch geringere Ausgleichszahlung an den Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen (ESB).

5. Nach Vorliegen der Preisanpassungen im VRN für 2023 wird über die Höhe der Zuschussbeträge im Rahmen des Doppelhaushaltes (DHH) 2023/2024 und der mittelfristigen Finanzplanung beraten. Nachzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass Mittel in Höhe von rund 8,7 Mio. € pro Jahr benötigt werden.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 03:12:00 Stimmen

*Die Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität lehnen somit die
Beschlussempfehlung der Verwaltung ab.*

gezeichnet
Raoul Schmidt-Lamontain
Bürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung abgelehnt
Ja 03 Nein 12 Enthaltung 00

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.07.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.07.2022

**16 Kostenloser ÖPNV in Heidelberg – Stufe für Jugendliche/Schüler U 18 und Senioren Ü 60 ab Herbst 2022
[ersetzt die Drucksache 0222/2019/IV]
Beschlussvorlage 0112/2022/BV**

Stadträtin Prof. Dr. Schuster weist auf den als Tischvorlage verteilten **gemeinsamen Sachantrag** von SPD, CDU, Die Heidelberger, FDP, DIE LINKE, Einzelstadtrat Butt und Bündnis 90 / Die Grünen (siehe Anlage 05 zur Drucksache 0112/2022/BV) hin.

Hierzu merkt sie an, sie sei sehr verärgert darüber, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen diesen gemeinsamen Antrag in einem Beitrag in den Sozialen Medien als ihre Idee verbucht, obwohl sie sich als letzte Fraktion dem Antrag angeschlossen hätten. Stadträtin Winter-Horn und Stadtrat Kutsch schließen sich dieser Aussage an.

Danach stellt und begründet sie den gemeinsamen **Sachantrag**:

Punkt 1 der Beschlussvorlage wird folgendermaßen geändert:

- Die Stadt Heidelberg führt für Kinder, Jugendliche und Schülerinnen/Schüler aus Heidelberg unter 21 Jahren eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf 3 € zu Schuljahresbeginn im Herbst 2022 ein – die entsprechende Reduktion ist auf das Jahresticket anzurechnen. Die entsprechenden Kostenschätzungen und die Finanzierung sollen von der Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Gemeinderates vorgelegt werden.

Es wird ein neuer Punkt 2 in die Beschlussvorlage eingefügt:

- Zudem führt die Stadt Heidelberg für die Beziehenden des Heidelberg-Pass sowie des Heidelberg-Pass+ eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im ÖPNV auf 3 € ein – die entsprechende Reduktion ist auf das Jahresticket anzurechnen. Die entsprechenden Kostenschätzungen und die Finanzierung sollen von der Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Gemeinderates vorgelegt werden.

Die die Heidelberger Seniorinnen und Senioren über 60 Jahren betreffende Punkte 2 (Bezuschussung „Karte ab 60“ mit 200 € im Jahr) und 3 (Prüfung Vollerstattung der Kosten der „Karte ab 60“ für Seniorinnen / Senioren und Frührentnerinnen / Frührentner mit Berechtigung für einen Heidelberg-Pass oder Heidelberg-Pass+) der ursprünglichen Beschlussvorlage werden beibehalten.

Die restlichen Punkte der Beschlussvorlage werden beibehalten.

In der anschließenden Aussprache sind sich die Stadträtinnen Prof. Dr. Schuster und Winter-Horn sowie die Stadträte Kutsch und Zieger einig, dass mit dem gemeinsamen Sachantrag ein guter Kompromiss gefunden worden sei und man hiermit eine Entlastung – hauptsächlich für Schülerinnen und Schüler sowie Familien – schaffe. Die Umsetzung sollte schnellstmöglich erfolgen.

Stadtrat Steinbrenner bestätigt, dass der gute Kompromiss von den anderen Antragstellenden maßgeblich herbeigeführt worden sei und sich die Grünen-Fraktion nachträglich angeschlossen habe. Die Berichterstattung in den Sozialen Medien sei unglücklich gewesen.

Stadträtin Marggraf teilt mit, sie werde dem gemeinsamen Sachantrag heute nicht zustimmen. Aus ihrer Sicht werde dem Klimaschutzaktionsplan keine Rechnung getragen beziehungsweise seien die ökologischen Kriterien unter den Tisch gefallen. Der Antrag vermittele die Zustimmung zu einem „Sozialticket“, was kein Klimaschutzfaktor an sich darstelle.

Stadträtin Stolz erklärt, für sie sei der gemeinsame Sachantrag eine Maßnahme, die nur in geringen Teilen zum Klimaschutz beitrage. Unter Beachtung der sozialen Gesichtspunkte könne sie dem Antrag aber zustimmen.

Stadtrat Rothfuß stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf

Ende der Rednerliste.

Der Antrag findet ausreichend Unterstützung und die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses erheben dagegen keinen Widerspruch.

Auf der Rednerliste verbleibt Stadträtin Winter-Horn, sie spricht noch.

Danach stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner den **gemeinsamen Sachantrag** von SPD, CDU, Die Heidelberger, FDP, DIE LINKE, Einzelstadtrat Butt und Bündnis 90 / Die Grünen (siehe Anlage 05 zur Drucksache 0112/2022/BV) zur Abstimmung:

Punkt 1 der Beschlussvorlage wird folgendermaßen geändert:

- Die Stadt Heidelberg führt für Kinder, Jugendliche und Schülerinnen/Schüler aus Heidelberg unter 21 Jahren eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf 3 € zu Schuljahresbeginn im Herbst 2022 ein – die entsprechende Reduktion ist auf das Jahresticket anzurechnen. Die entsprechenden Kostenschätzungen und die Finanzierung sollen von der Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Gemeinderates vorgelegt werden.

Es wird ein neuer Punkt 2 in die Beschlussvorlage eingefügt:

- Zudem führt die Stadt Heidelberg für die Beziehenden des Heidelberg-Pass sowie des Heidelberg-Pass+ eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im ÖPNV auf 3 € ein – die entsprechende Reduktion ist auf das Jahresticket anzurechnen. Die entsprechenden Kostenschätzungen und die Finanzierung sollen von der Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Gemeinderates vorgelegt werden.

Die die Heidelberger Seniorinnen und Senioren über 60 Jahren betreffende Punkte 2 (Bezuschussung „Karte ab 60“ mit 200 € im Jahr) und 3 (Prüfung Vollerstattung der Kosten der „Karte ab 60“ für Seniorinnen / Senioren und Frührentnerinnen / Frührentner mit Berechtigung für einen Heidelberg-Pass oder Heidelberg-Pass+) der ursprünglichen Beschlussvorlage werden beibehalten.

Die restlichen Punkte der Beschlussvorlage werden beibehalten.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 12 : 1 : 2 Stimmen

Somit ergibt sich folgende

Neue Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses (Änderungen fett beziehungsweise durchgestrichen):

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. *Die Stadt Heidelberg führt einen **kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Jugendliche/Schüler U 18 zu Schuljahresbeginn ab Herbst 2022 ein. Nach aktuellen Kostenschätzungen beträgt der Zuschussbedarf gegenüber den berechtigten Heidelberger Jugendlichen rund 6 bis 6,9 Millionen (Mio.)-€ pro Jahr. Die Einführung des landesweit gültigen Jugendtickets wird nach aktuellem Stand und der Vorabstimmung der Aufgabenträger im Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN)-Gebiet ab dem 01.03.2023 erfolgen können. Nach aktuellen Kostenschätzungen beträgt der Zuschussbedarf gegenüber den berechtigten Heidelberger Jugendlichen dann rund 4,5 Mio.-€ jährlich zuzüglich eines von den Kommunen zu tragenden verbleibenden Eigenanteils in Höhe von rund 0,84 Mio.-€ jährlich. für Kinder, Jugendliche und Schülerinnen/Schüler aus Heidelberg unter 21 Jahren eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf 3 € zu Schuljahresbeginn im Herbst 2022 ein – die entsprechende Reduktion ist auf das Jahresticket anzurechnen. Die entsprechenden Kostenschätzungen und die Finanzierung sollen von der Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Gemeinderates vorgelegt werden.***

2. *Zudem führt die Stadt Heidelberg für die Beziehenden des Heidelberg-Pass sowie des Heidelberg-Pass+ eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im ÖPNV auf 3 € ein – die entsprechende Reduktion ist auf das Jahresticket anzurechnen. Die entsprechenden Kostenschätzungen und die Finanzierung sollen von der Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Gemeinderates vorgelegt werden.*
2. 3. *Parallel wird zum selben Zeitpunkt für die Gruppe der Senioren Ü 60 inklusive Frührentner/-innen der Erwerb der Karte ab 60 mit 200 € bezuschusst, sodass diese statt zum Preis von 565,20 € pro Jahr im ersten Jahr zu einem Eigenanteil von 365 € erworben werden kann. Der Zuschussbedarf liegt nach derzeitigen Schätzungen in Höhe von 1,5 bis 4,9 Mio. € pro Jahr, der von der Stadt zu finanzieren ist. Gegenwärtig wird für die Planung vom arithmetischen Mittel in Höhe von 3,2 Mio. €/Jahr ausgegangen.*
3. 4. *Es wird geprüft, inwiefern im Zuge der Bezuschussung der Heidelberg (HD) -Pass-Berechtigten Senioren Ü 60 bzw. Frührentnern die Kosten für den Erwerb der Karte ab 60 vollumfänglich erstattet werden können. Stadtverwaltung, rnv, VRN prüfen derzeit die vorhandene Datengrundlage, um eine Kostenberechnung durchführen zu können. Nach Feststellung des finanziellen Volumens berät der Haupt- und Finanzausschuss und Gemeinderat darüber.*
4. 5. *Insgesamt geht die Verwaltung im Haushaltjahr 2022 von Mehraufwendungen aufgrund der Ticketbezuschussungen (siehe **ursprüngliche Punkte 1. und 2.**) in Höhe von rund 3,4 Mio. € für vier Monate aus. Die erforderlichen Mittel werden überplanmäßig im Teilhaushalt des Amtes 81 bereitgestellt. Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Kämmereiamtes durch geringere Ausgleichszahlung an den Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen (ESB).*
5. 6. *Nach Vorliegen der Preisanpassungen im VRN für 2023 wird über die Höhe der Zuschussbeträge im Rahmen des Doppelhaushaltes (DHH) 2023/2024 und der mittelfristigen Finanzplanung beraten. Nach ~~derzeitigem~~ **ursprünglichem** Stand des **Beschlussvorschlags** ist davon auszugehen, dass Mittel in Höhe von rund 8,7 Mio. € pro Jahr benötigt werden.*

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderung/en

Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2022

16 Kostenloser ÖPNV in Heidelberg – Stufe für Jugendliche/Schüler U 18 und Senioren Ü 60 ab Herbst 2022 [ersetzt die Drucksache 0222/2019/IV] Beschlussvorlage 0112/2022/BV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner verweist auf die neue Beschlussempfehlung aus dem Haupt- und Finanzausschuss vom 06.07.2022 sowie auf ein Schreiben von Frau Sauer, Leiterin des Amtes für Verkehrsmanagements, vom 18.07.2022, dass die Auswirkungen der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschuss präzisiert und ergänzt.

Stadträtin Prof. Dr. Schuster meldet sich zu Wort. Sie teilt mit, dass die **SPD** zwar einen eigenen **Antrag** formuliert habe (siehe Anlage 07 zur Drucksache 0112/2022/BV). Dies aber nur organisatorischen und zeitlichen Abstimmungen geschuldet sei. Man würde sich grundsätzlich dem als Tischvorlage verteilten **gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Bunte Linke, GAL, Die Heidelberger und des Einzelstadtrates von Heidelberg in Bewegung** (siehe Anlage 06 zur Druckvorlage 0112/2022/BV) anschließen.

Stadtrat Cofie-Nunoo schlägt eine Sitzungsunterbrechung vor, um einen neuen gemeinsamen Antrag mit der SPD zu formulieren.

Vorab geben die Stadträtinnen und Stadträte Prof. Dr. Schuster, Winter-Horn, Mirow, Cofie-Nunoo, Föhr, Zieger, Leuzinger, Pfeiffer und Dr. Weiler-Lorentz für ihre Fraktionen und Gruppierungen ihre Stellungnahme zum gefundenen Kompromiss ab und danken dem Amt für Verkehrsmanagement

In der Sitzungsunterbrechung von 18:01Uhr bis 18:05 Uhr wird folgender **neue gemeinsame Antrag** von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Bunte Linke, GAL, Die Heidelberger und des Einzelstadtrates von Heidelberg in Bewegung und der SPD formuliert, der die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses ergänzt:

1) Es wird eine Pilotphase zeitlich befristet auf ein Jahr beschlossen, um die sozialen Folgen des kommenden Winters zu mildern. Nach Ablauf von sechs Monaten soll eine Evaluation der Nutzerzahlen im April 2023 erfolgen, damit deren Ergebnisse bereits in ein Folgekonzept ab Oktober 2023 einfließen können.

2) Nach Evaluation der tatsächlichen Nutzerzahlen und nach Vorliegen der aktuellen Erkenntnisse zu einem Nachfolgetarif Bund (zum Beispiel Fortführung des 9 €-Tickets), der Einführung des Landesweiten Jugendtickets im März 2023, den Projekten Mobilitätsgarantie und Mobilitätspass sollen die gemeinderätlichen Gremien erneut darüber entscheiden.

3) Der Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner wird aufgefordert, über den Deutschen Städtetag und dem Städtetag Baden-Württemberg darauf zu insistieren, dass von Bund und Land Fördergelder für derartige Pilotprojekte im Öffentlichen-Personen-Nahverkehr in 2023 und den darauffolgenden Jahren bereitgestellt werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 29:5:1 Stimmen

Auf Grundlage der Beschlussempfehlung aus dem Haupt- und Finanzausschuss vom 06.07.2022 und des gemeinsamen Antrages ergibt sich folgender

Beschluss des Gemeinderates (Änderungen und Ergänzungen in **fett** dargestellt):

Um die sozialen Folgen des kommenden Winters zu mildern, beschließt der Gemeinderat folgende Punkte als zeitlich befristete Pilotphase auf 1 Jahr:

1. *Die Stadt Heidelberg führt **für Kinder, Jugendliche und Schülerinnen/Schüler aus Heidelberg unter 21 Jahren eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf 3 € zu Schuljahresbeginn im Herbst 2022 ein – die entsprechende Reduktion ist auf das Jahresticket anzurechnen.***
2. *Zudem führt die Stadt Heidelberg für die Beziehenden des **Heidelberg-Pass sowie des Heidelberg-Pass+ eine Reduktion der monatlichen Fahrtkosten im ÖPNV auf 3 € ein – die entsprechende Reduktion ist auf das Jahresticket anzurechnen***
2. 3. *Parallel wird zum selben Zeitpunkt für die **Gruppe der Senioren Ü 60 inklusive Frührentner/-innen der Erwerb der Karte ab 60 mit 200 € bezuschusst**, sodass diese statt zum Preis von 565,20 € pro Jahr im ersten Jahr zu einem Eigenanteil von 365 € erworben werden kann. Der Zuschussbedarf liegt nach derzeitigen Schätzungen in Höhe von 1,5 bis 4,9 Mio. € pro Jahr, der von der Stadt zu finanzieren ist. Gegenwärtig wird für die Planung vom arithmetischen Mittel in Höhe von 3,2 Mio. €/Jahr ausgegangen.*

Nach Ablauf von sechs Monaten soll eine Evaluation der Nutzerzahlen im April 2023 erfolgen, damit deren Ergebnisse bereits in ein mögliches Folgekonzept ab Oktober 2023 einfließen können.

Nach Evaluation der tatsächlichen Nutzerzahlen und nach Vorliegen der aktuellen Erkenntnisse zu einem Nachfolgetarif Bund (zum Beispiel Fortführung des 9 €-Tickets), der Einführung des Landesweiten Jugendtickets im März 2023, den Projekten Mobilitätsgarantie und Mobilitätspass sollen die gemeinderätlichen Gremien erneut darüber entscheiden.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, über den Deutschen Städtetag und dem Städtetag Baden-Württemberg darauf zu insistieren, dass von Bund und Land Fördergelder für derartige Pilotprojekte im Öffentlichen-Personen-Nahverkehr in 2023 und den darauffolgenden Jahren bereitgestellt werden.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: beschlossen mit Änderungen

Begründung:

1. **Kostenloser ÖPNV für unter 18-Jährige/MAXX-Ticket Berechtigte bzw. für über 60-Jährige – Schließen von Gerechtigkeitslücken in der Mobilität**

Der Öffentliche Verkehr ist ein zentraler Baustein der Verkehrswende. Er ist wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge und wichtige Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Daher ist es aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Gründen dringend erforderlich, Defizite auf diesem Gebiet abzubauen. Infrastrukturelle, betriebliche und tarifliche Verbesserungen wurden und werden seit Jahrzehnten kontinuierlich umgesetzt. Nun ist der Zeitpunkt erreicht, auch die Gerechtigkeitslücken in der Mobilität zu schließen.

Es liegt eine **intergenerative Gerechtigkeitslücke** vor, indem zukünftige Generationen die Lasten und Auswirkungen heutiger und vergangener Emissionen zu schultern haben – auch dann, wenn sie selbst keine oder kaum noch Treibhausgase emittieren. Dass nun diese Generation einen kostenlosen ÖPNV bekommen soll, ist ein wichtiges Signal, solidarisch mit der zukünftigen Generation zumindest die finanziellen Belastungen ihrer individuellen Mobilität von ihnen zu nehmen und damit zu wertschätzen, dass sie diejenigen sind, die die Lasten der Vergangenheit zu stemmen haben.

Gleichzeitig tragen diejenigen, die keinen Personenkraftwagen (Pkw) besitzen oder nutzen, in besonderem Maße zum Klimaschutz bei. Bei einkommensschwachen Haushalten offenbart sich eine doppelte Belastung, da diese öfters von Mobilitätsarmut betroffen sind und zugleich mehr an umweltbedingten Verkehrsbelastungen zu leiden haben.

Bei unter 18-Jährigen werden die Ziele verfolgt, die intergenerative Gerechtigkeitslücke und die soziale Gerechtigkeitslücke zu schließen sowie gleichzeitig umweltgerechte Mobilitätsroutinen zu etablieren und zu festigen.

Bei über 60-Jährigen und Frührentnern wird das Ziel verfolgt, einer **Mobilitätsarmut vorzubeugen** und eine soziale Teilhabe an Mobilität zu ermöglichen, da diese altersbedingt nicht in gleichem Umfang wie Jüngere von einem Ausbau des Fuß- und Radverkehrs profitieren können.

Mit diesem Maßnahmenpaket kostenloser ÖPNV kommt die Stadt Heidelberg wirksam ihrer Verpflichtung zur Erreichung der Klimaschutzziele nach und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Schließung der derzeitigen Gerechtigkeitslücke in der Mobilität.

2. Kostenloser ÖPNV für unter 18-Jährige/MAXX-Ticket Berechtigte – Grundlagen und Methodik

Auf Basis der Abo-Daten MAXX-Ticket, der Preise im VRN 2022, der Einwohnerdaten Heidelberg (altersfein 2020), der Schülerdaten und Vorausberechnung der Bevölkerung Heidelberg und der Mobilitätserhebung SrV hat der Gutachter Probst & Consorten die in Anlage 01 dargestellten Berechnungen durchgeführt.

Der kostenlose oder entgeltfreie ÖPNV in Anlehnung an die Partnerstadt Montpellier beinhaltet die Altersgrenze von 18 Jahren und ist auch in Heidelberg zur Umsetzung geeignet. Die Schulpflicht gilt in Baden-Württemberg bis zum 18. Lebensjahr, so dass der Ausbildungsstatus per se gegeben ist.

Für die weiteren Berechnungen wird insgesamt auf Grundlage der Bevölkerungsstatistik Heidelberg von 12.360 Einwohnern ausgegangen, die im Alter von 6 bis unter 18 Jahren sind und von denen erwartet wird, dass sie das entgeltfreie Angebot annehmen werden. In der Vorausberechnung bis 2025 geht der Gutachter von insgesamt 13.722 Berechtigten für das entgeltfreie Angebot aus.

Aktuell verfügbare Tarifprodukte im VRN, die für diese Personengruppe in Frage kommen:

Tarifprodukt	Monatskarte*	Jahreskarte*	
		pro Jahr	pro Monat im Abo
MAXX-Ticket **	--	560,40	46,70
Monatskarte Ausbildung Stadt HD	59,30	--	--
Monatskarte Ausbildung Preisstufe 2	66,10	--	--
Monatskarte Ausbildung verbundgebiet	100,40	--	--

* Beträge in €, Preisstand VRN-Tarif 2022.

** verbundweite Gültigkeit

Das für die betroffene Personengruppe günstigste Tarifprodukt, das im Folgenden der Berechnungen des Gutachters zugrundegelegt wurde, ist das MAXX-Ticket.

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung ist die Einführung eines landesweiten Jugendtickets festgeschrieben. Dieses Tarifprodukt befindet sich aktuell noch in der Abstimmung mit den Verkehrsverbänden. Mit Einführung des landesweiten Jugendtickets voraussichtlich im Frühjahr 2023 im VRN-Gebiet wird dieses das günstigste Tarifangebot darstellen. Dies wurde in den Berechnungen eines kostenlosen ÖPNV für U 18 in Heidelberg bereits berücksichtigt.

Bisher bekannte Eckpunkte des landesweiten Jugendtickets:

- Das Land Baden-Württemberg möchte ein landesweit gültiges Ticket einführen, das jedem „Jugendlichen“ bis zum 22. Geburtstag ohne besondere Nachweispflicht die Fahrt im ÖPNV und SPNV innerhalb Baden-Württembergs ermöglichen soll und 365 € pro Jahr kosten soll. In diese Personengruppe fallen Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende.
- Das Land Baden-Württemberg ermöglicht darüber hinaus Studierenden, Azubis und Freiwilligendienstleistende mit entsprechendem Nachweis bis zum Alter von 27 Jahren den Erwerb eines solchen Tickets.
- Im baden-württembergischen Teil des VRN-Gebietes würde dies bedeuten, dass die Gruppe der Berechtigten sowohl im VRN-Gebiet als auch landesweit innerhalb Baden-Württembergs zum jährlichen Preis von 365 € unterwegs sein wird (so der bisherige Verhandlungsstand zwischen Land und VRN).
- Das Land trägt 70 % des Zuschussbedarfs, der sich durch die Tarifabsenkung auf 365 € für das landesweite Jugendticket ergibt. 30 % des Zuschussbedarfs haben die antragstellenden kommunalen Aufgabenträger zu übernehmen. Darüber hinaus müssen nach aktuellem Verhandlungsstand die Aufgabenträger aber auch 30 % der Kosten für die landesweite Anerkennungsregelung übernehmen, sich also auch an den Mindereinnahmen beteiligen, die im Baden-Württemberg-Tarif und in den anderen Verbänden entstehen.

Die Stadt Heidelberg beabsichtigt nach Einführung des landesweit gültigen Tickets (LWJT) auch dieses der Gruppe von Jugendlichen U 18 kostenlos oder entgeltfrei anzubieten. Für den wahrscheinlichen Fall, dass die Einführung des LWJT erst im Frühjahr 2023 realisiert wird, erstattet die Stadt Heidelberg den Heidelberger Schülern im Vorgriff auf das LWJT die Kosten für das zu erwerbende MAXX-Ticket mit verbundweiter Gültigkeit (September 2022 bis Frühjahr 2023).

Die Kostenschätzungen von VRN bzw. des von ihr beauftragten Gutachters Probst & Consorten, rnv und Gutachter sind der Anlage 01 (Folien 9-12) zu entnehmen.

Bei der vom Gutachter erwarteten Abnahmemenge von 12.360 Tickets (U 18 MAXX- oder LWJT) muss die Stadt Heidelberg nach diesen Schätzungen 2022 mindestens 2,3 Mio. € in 2022 für die Erstattung der MAXX-Tickets finanzieren. Rund 1,2 Mio. € kommen für die 2 Monate bis zur Einführung des Landesweiten Jugendtickets am 1. März 2023 hinzu. Ab März 2023 rechnet der Gutachter mit einem Betrag in Höhe von rund 4,4 Mio. € der für die Restdauer von 10 Monaten auf Basis des dann gültigen LWJT.

Im Beschlussvorschlag auf Seite 2.1 und 2.2 stehen die Schätzkosten, die im Rahmen der finanziellen Abwicklung des Haushaltsjahres 2022 sowie der Haushaltsplanung für 2023/2024 und für die Folgejahre zu berücksichtigen sind.

Zur Bewertung der möglichen Auswirkungen auf den ÖPNV-Betrieb und der Anforderung an die Kapazitäten in den Fahrzeugen, hat die rnv Annahmen getroffen, um eine Abschätzung der Steigerung der Fahrgastzahlen zu ermitteln. Bei Einführung des entgeltfreien MAXX-Tickets wurden Fahrgaststeigerungen für unterschiedliche Zeiten im Tagesverlauf ermittelt. Insgesamt wird eine Steigerung der Gesamtfahrgastzahlen bis zu 25 % geschätzt. Auf Grundlage der heutigen Fahrgastzahlen und bisheriger Besetzungen wurden die Fahrten ermittelt, die kritische Auslastungen erreichen würden. Dies betrifft hauptsächlich Buslinien im Stadtverkehr. Handlungsbedarf entsteht auf den Buslinien 20, 33, 34 und 35. Auf der Straßenbahnlinie 23 wurde ebenfalls Handlungsbedarf ermittelt. Dieser Bedarf kann auf der Buslinie 29 zusätzlich abgefangen werden. Insgesamt wird der Einsatz von 6 bis 8 zusätzlichen Bussen erforderlich. Die zusätzlichen Kosten hat die rnv bisher auf rund 800.000 € bis 1.000.000 € pro Jahr geschätzt.

Auf der Einnahmeseite schätzt die rnv die Einnahmewirkungen so ein, dass mittelfristig rund 1,9 Mio. € zusätzliche Einnahmen durch die Fahrgaststeigerungen erzielt werden können.

Die daraus im Saldo verbleibenden Mehreinnahmen bei der rnv von bis zu 900.000 € werden voraussichtlich erst ab dem Jahr 2024 (nach Auswertung der geplanten Verkehrszählung in 2023) gesichert zum Tragen kommen und wurden daher zunächst für die Deckung 2022 und 2023 aus Vorsichtsgründen nicht berücksichtigt. Unabhängig davon soll versucht werden, auch für 2023 eine anteilige Vorabbescheidung daraus zu erhalten, was somit zu einer Verbesserung führen würde.

Die Umsetzung eines kostenlosen ÖPNV für unter 18-jährige/MAXX-Ticket-Berechtigte bzw. bei Umsetzung eines LWJT ersetzt die Überlegung zur Einführung eines Kurzstreckenschülertickets. Daher ersetzt diese Drucksache die Drucksache 0222/2019/IV.

3. Prüfung Kostenloser ÖPNV für über 60-Jährige inklusive Frührentner (Karte ab 60 – Berechtigte)

In Analogie zum Projekt der Partnerstadt Montpellier wurden hier zunächst die Möglichkeiten eines kostenlosen oder entgeltfreien ÖPNV für die Personengruppe > 65 Jahren untersucht.

In Anlage 01 auf den Folien 13 bis 24 wird die Methodik zur Schätzung der Anzahl der Berechtigten (Rentner/Pensionäre) erläutert. In Heidelberg sollen insbesondere Rentner und Pensionäre beziehungsweise Frührentner vom Tarifangebot profitieren.

Aktuell verfügbare Tarifprodukte im VRN, die für diese Personengruppe in Frage kommen:

Tarifprodukt	Monatskarte*	Jahreskarte*	
		pro Jahr	pro Monat im Abo
Karte ab 60 **	--	565,20	47,10
Rhein-Neckar-Ticket **	--	1.110,0	92,50
Stadttarif HD	79,10	814,80	67,90

* Beträge in €, Preisstand VRN-Tarif 2022.

** verbundweite Gültigkeit

Aufgrund der Verfügbarkeit von Tarifprodukten im VRN für diese Personengruppe wurde entschieden, das aufgrund der verbundweiten Gültigkeit und des günstigsten Preises beste Tarifprodukt für die weitere Berechnung auszuwählen.

Die Rentendaten für die Schätzung der maximalen Abnahmemenge einer kostenlosen Karte ab 60 liegen nur auf Ebene der Bundesländer vor. Bei näherer Betrachtung der Daten nach Altersgruppen und der Möglichkeiten des Erwerbs der Karte ab 60 bereits heute wurde in der Abwägung e in Modell favorisiert, das die Personengruppe 60 + unter Berücksichtigung der Rentenfähigkeit (Frührentner) berücksichtigt. Dabei sind 35.030 Einwohnende Heidelbergs (Stand: 31.12.2020) 60 Jahre und älter. Personen unter 60 Jahre, die früher in Rente/Pension gehen, würden ebenfalls

berücksichtigt. Für die Selten- und Nienutzerquote wird der Durchschnitt gemäß SrV 2018 angenommen (15 %), da einige ältere Menschen nicht mehr mobil sind, andere kämen durch das Angebot hinzu.

Aufgrund der weiterhin getroffenen Annahmen (Folien 19 und 20) wurden im Folgenden Berechnungen mit den Daten „maximale Abnahmemenge“ und durch den Gutachter „erwartete Abnahmemenge“ durchgeführt.

Auf Basis des Jahres 2022 (2025) wird von einer erwarteten Abnahmemenge von 30.912 (33.118) verkauften Tickets ausgegangen, wenn die Karte ab 60 entgeltfrei angeboten würde. Derzeit werden 5.886 Tickets (Karte ab 60) pro Jahr verkauft, was eine Summe der potenziellen Kosten in Höhe von 3,3 Mio. € pro Jahr bedeutet. Bei einer erwarteten Abnahmemenge kommt der Gutachter auf einen Ausgleichsbetrag in Höhe von 17,5 Mio. € pro Jahr. Bei Betrachtung der maximalen Abnahmemenge käme man auf 24,8 Mio. € pro Jahr, die aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren wären. Würde man die Personengruppe der Berechtigten etwas verkleinern und beispielsweise ein Ticket für Personen Ü 65 ausgleichen, so käme man bei Betrachtung der erwarteten Abnahmemenge auf einen Ausgleichsbetrag in Höhe von 15,1 Mio. € pro Jahr (maximale Abnahmemenge 21,9 Mio. € pro Jahr).

Die Stadt Heidelberg ist die erste Stadt, die eine Untersuchung eines entgeltfreien ÖPNV für bestimmte Personengruppen durchführt. Die Finanzierung eines solchen für alle Personengruppen kann nicht alleine durch einen kommunalen Haushalt erfolgen. Beispielsweise wurde in Montpellier diese Stufe (U 18 und Ü 65) im Juli 2021 umgesetzt. Ergebnisse der Evaluierung liegen noch nicht vor. Allerdings wird der ÖPNV in Frankreich, über die Möglichkeiten, die in Deutschland existieren hinaus, durch die Dienstgeberabgabe (versement mobilité) mitfinanziert. Weitere Fördermöglichkeiten durch Bund und Land sowie durch Europäische Fonds sind für das Heidelberger Projekt vorerst nicht gegeben.

Ziel dieser Betrachtung ist es, sowohl die soziale Teilhabe an Mobilität für Menschen als auch einen Beitrag zur klimagerechten Mobilität zu leisten.

Aus diesem Grund ist naheliegend über eine Bezuschussung von entsprechenden Tarifprodukten nachzudenken und im Rahmen der geplanten Evaluierung (siehe auch Punkt 5.) die Effekte für den Klimaschutz im Verkehr zu berechnen. Aus diesem Grund wurde ein fester **Zuschuss** in Höhe von 200 € zugrunde gelegt.

Im Jahr 2022 würde dann eine Karte ab 60 mit verbundweiter Gültigkeit zum Eigenanteil von nur 365 € angeboten werden können. Aufgrund der Berücksichtigung des Elastizitätseffekts bei einer Preissenkung auf Basis der aktuellen Abnahme und der Gutachterschätzung mit 30 % Wenig-, Selten- und Nienutzerquote wurden potenzielle Kosten zwischen 1,5 Mio. € bis 4,9 Mio. € kalkuliert (arithmetischer Mittelwert: 3,2 Mio. €). Daher ist im Jahr 2022 für den Ausgleich von vier Monaten von einem Betrag von rund 1,1 Mio. € auszugehen.

Im Hinblick auf eine soziale Teilhabe und zur Vorbeugung von Mobilitätsarmut wird zusätzlich geprüft, inwiefern im Zuge der Bezuschussung der HD-Pass-Berechtigten Senioren Ü 60 bzw. Frührentnern die Kosten für den Erwerb der Karte ab 60 vollumfänglich erstattet werden können. Stadtverwaltung, rnv, VRN prüfen derzeit die vorhandene Datengrundlage, um eine Kostenberechnung durchführen zu können. Nach Feststellung des finanziellen Volumens berät der Haupt- und Finanzausschuss und Gemeinderat darüber.

4. Finanzierung der Maßnahmen

Haushaltsjahr 2022:

Der zusätzliche Finanzierungsbedarf für 2022 beläuft sich für die Bezuschussung der Tickets voraussichtlich auf rund 3,4 Mio. €. Diese Mittel werden überplanmäßig beim Amt für Verkehrsmanagement bereitgestellt.

Aufgrund der Rettungsschirmmittel ÖPNV, welche die rnv für das Linienbündel Heidelberg in 2021 erhalten hat, reduziert sich nachträglich der tatsächliche Zuschussbedarf an diese. Eine entsprechende Zuschussrückzahlung erfolgt in 2022 im Rahmen der Endabrechnung 2021 der rnv an den ESB. Dies führt gleichzeitig zu einem geringeren Mittelbedarf aus Transferzahlungen des ESB. Aktuell wird der Minderbedarf auf rund 3,0 Mio. € bis 3,5 Mio. € für 2022 geschätzt.

Diese Minderaufwendungen können somit im Haushaltsjahr 2022 zur Deckung der Mehraufwendungen beim Amt für Verkehrsmanagement verwendet werden.

Der Zuschussbedarf an die rnv wird sich aufgrund der zu erwartenden, gestiegenen Beförderungszahlen und zuzurechnenden Einnahmen (bis zu 1,9 Mio. € Mehreinnahmen) abzüglich den erwarteten Mehraufwendungen aus gesteigerter Beförderungsleistung (bis zu 1,0 Mio. €) um rund 0,9 Mio. € pro Jahr vermindern (siehe hierzu Nummer 2, vorletzter Absatz). Die daraus im Saldo verbleibenden Mehreinnahmen bei der rnv von bis zu 900.000 € werden voraussichtlich erst ab dem Jahr 2024 (nach Auswertung der geplanten Verkehrszählung in 2023) gesichert zum Tragen kommen und wurden daher zunächst für die Deckung 2022 und 2023 aus Vorsichtsgründen nicht berücksichtigt. Unabhängig davon soll versucht werden, für 2023 eine anteilige Vorabbescheidung daraus zu erhalten, was somit zu einer analogen Verbesserung führen würde.

Haushaltsjahre 2023 fortfolgend.

Es besteht ein voraussichtlicher Mehrbedarf des Ergebnishaushaltes von rund 8,7 Mio. € in 2023. Der Betrag setzt sich aus dem Zuschussbetrag für die MAXX-Tickets für 2 Monate (1,2 Mio. €), dem Anteil am LWJT für 10 Monate (mindestens 4,4 Mio. €) und dem Anteil an der Bezuschussung Karte ab 60 (3,2 Mio. €) zusammen. Eine entsprechende Gegenrechnung der Mehreinnahmen rnv kann ab 2024 – vorbehaltlich der in 2023 geplanten Fahrgasterhebung – angenommen werden.

Hinzu kommen Einsparungen aus der bisherigen MAXX-Ticket-Bezuschussung für Heidelberger Schüler, welche sich derzeit auf rund 100.000 € im Jahr belaufen.

Diese Mittel sind in künftigen Haushaltsjahren zusätzlich bereit zu stellen. In der mit dem Haushaltsplan 2021/2022 beschlossenen und zum Jahresende 2021 fortgeschriebenen mittelfristigen Finanzplanung ab 2023 ist dieser zusätzliche Aufwand aktuell nicht vorgesehen und schränkt somit den derzeit vorhandenen finanziellen Handlungsspielraum dauerhaft ein. Dies gilt es auch im Hinblick auf die Auflagen des Regierungspräsidiums bei der Genehmigung des Haushalts 2021/2022 – Haushaltssicherungskonzept und dort geforderte Stärkung der Eigenfinanzierungskraft des Ergebnishaushalts – entsprechend zu berücksichtigen.

5. Weiteres Vorgehen – gutachterliche Begleitung der Maßnahme und Erarbeitung eines Konzeptes zur Evaluierung der Maßnahmen

Einen positiven Beschluss zur Einführung eines entgeltfreien ÖPNV in Heidelberg für die oben genannten Personengruppen vorausgesetzt, bereiten Stadt, rnv und VRN ein begleitendes Konzept zur Evaluation der geplanten Maßnahmen vor. Hierfür werden Büros angefragt, die über die Dauer von einem Jahr und 4 Monaten das Heidelberger Projekt begleiten können.

Die Evaluation soll eine Auswertung von automatischen Fahrgastzählungen vorwiegend in den Fahrzeugen der rnv beinhalten. Dazu werden regelmäßig Daten im Linienbündel Heidelberg erhoben. Darüber hinaus ist es erforderlich ein Befragungskonzept der Fahrgäste zu erarbeiten unter anderem mit folgenden Inhalten:

- Personenbogen: Pkw-Verfügbarkeit, Nutzung ÖPNV früher? Ticketart? Erstnutzer?
- Wegebogen: Quelle und Ziel der Fahrt, Anlass der Fahrt, wäre die Fahrt auch ohne das kostenlose bzw. Zuschussangebot durchgeführt worden?
- Frage zur Verkehrsmittelwahl: Ist das attraktive Tarifangebot der Grund für die Verkehrsmittelwahl? Oder wäre ansonsten die Fahrt mit einem anderen Verkehrsmittel durchgeführt worden? Welches Verkehrsmittel wäre ansonsten gewählt worden?

Die Ergebnisse der Evaluation sollen anschließend in eine Berechnung zur Kohlenstoffdioxid (CO₂)-Bilanzierung und eine (Neu-) Bewertung der Ausgleichszahlungen einfließen.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Die Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen ist nicht erforderlich, da es sich um eine tarifliche Maßnahme handelt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes /der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
M01	+	Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern
M02	+	Minderung der Belastungen durch den motorisierten Verkehr
M06	+	Mehr Mobilität ohne mehr motorisierten Verkehr Begründung: Die vorgeschlagenen Maßnahmen tragen zur Zielerreichung bei.
QU1	-	Solide Haushaltswirtschaft Ziel/e: Begründung: Die finanziellen Auswirkungen und Kostensteigerungen, die auf die Stadt Heidelberg zukommen, haben negative Auswirkungen auf die solide Haushaltswirtschaft.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Raoul Schmidt-Lamontain

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Präsentation „Entgeltfreier ÖPNV in Heidelberg für Jugendliche und Senioren“ Zusammenfassung der Ergebnisse von Probst & Consorten (Nur digital verfügbar)
02	Gemeinsamer Sachantrag Bündnis 90/Die Grünen, SPD, GAL, DIE LINKE und Bunte Linke vom 30.03.2022 Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobi- lität am 30.03.2022
03	Erste Ergänzungsvorlage zur Drucksache 0112/2022/BV mit Anlage
04	Sachantrag der SPD Fraktion vom 29.06.2022 Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobi- lität am 29.06.2022
05	Gemeinsamer Sachantrag SPD, CDU, HDer, FDP, DIE LINKE, Einzelstadtrat Butt, Grüne vom 06.07.2022 (Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.07.2022)
06	Gemeinsamer Sachantrag von Grüne, CDU, Bunte Linke, GAL, HD'er, HiB vom 20.07.2022 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2022)
07	Sachantrag der SPD-Fraktion vom 20.07.2022 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2022)